

sprüche zwischen Annäherung und Distanz wie in anderen Bereichen der Gesellschaft. Zur Erhellung der Ursachen dieser Problematik durch einen Rückblick auf das tatsächlich Gewesene und Gedachte in der katholischen Kirche konnte die Zeitzeugentagung in Berlin als Grundlage dieses Sammelbands jedoch nur sporadisch beitragen.

Bernd Schäfer

ZULEHNER, Paul M.: *Kirchen-Ent-Täuschungen*. Ein Plädoyer für Freiheit, Solidarität und einen offenen Himmel. Wien: Kremayr & Scheriau 1997. 120 S. Lw. 29,80.

Paul M. Zulehner, der bekannte Professor für Pastoraltheologie in Wien, hat sich mit diesem „Plädoyer“ weit über seine sozioempirischen Forschungen und pastoraltheologischen Studien erhoben und hat in verständlicher Sprache einen anregenden und ermutigenden Essay über die Kirche geschrieben, die oft in schlechter Optik gesehen wird und deren Amtsträger zuweilen unter Frust leiden. Die Ent-Täuschungen also nennen Erwartungen und überraschende Erfüllungen; aus diesem Wechselspiel entsteht die Botschaft: Die Kirche hat gerade in diesen Tagen eine große Sendung. Etwa die Freiheit – das erste Thema – bedarf angesichts der „Modernisierungsfälle“ der Stütze und der Hilfe. Zulehner entdeckt diese auch in Institutionen, die Lebensweisheit verkörpern, in Normen, die Leid verhindern, und in „Autoritäten“, die durch ihre überzeugende Lebensmodelle das Leben anderer „mehren“. Ähnliche überraschende Gedankenschritte legt Zulehner bei der zweiten Ent-Täuschung, der Solidarität, vor. Da stehen am Ende die Aussagen, daß der Abbau von Angst Solidarität fördert und daß Solidarität offensichtlich eng an kirchliches Verhalten gebunden ist. Die dritte Ent-Täuschung: der offene Himmel. Im Gegensatz zu ihr leben viele moderne Menschen in einer verschlossenen, transzendenzlosen Welt. Eine Kirche, die den Himmel offen hält, geht in die Gottesschule der Armen, akzeptiert den Tod und findet im auferstandenen Christus „Leben und Heil“ (93). Auf diesem Weg geht es wiederum nur um eines: um den Menschen, der sich ins Unendliche ausstreckt, der also schon immer über sich hinaus ist. Warum aber ist er so gerne bereit, sich mit weniger, mit dem Endlichen, ab-

zufinden? Die abschließenden Zugänge zur realistisch beschriebenen Kirche sind von einer Leichtigkeit wie die Musik Mozarts, daß man die Kirche wieder lieben lernt. Ein ermutigendes Buch, gerade auch durch seine präzisen, argumentativen und zugleich leichten Schritte.

Roman Bleistein SJ

EVERS, Georg: *Carlos Belo*. Stimme eines vergessenen Volkes. Freiburg: Herder 1996. 159 S. Kart. 19,80.

In der Berichterstattung der deutschen Medien im Anschluß an die überraschende Friedensnobelpreisverleihung an Bischof Carlos Belo und den Rechtsanwalt José Ramos Horta aus Ost-Timor kamen die Hintergründe des Konflikts auf dem indonesisch besetzten Ost-Timor nur mangelhaft zur Darstellung. Die Ost-Timoren scheinen in unseren Breitengraden wirklich ein vergessenes Volk zu sein. In erstaunlich kurzer Zeit hat Georg Evers noch vor der Übergabe des Nobelpreises am 10. Dezember 1996 ein Buch über den „Bischof der Menschenrechte“ vorgelegt. Er informiert sachkundig über die geschichtlichen und politischen Hintergründe der gewaltsamen Annexion Ost-Timors durch die indonesische Armee im Jahr 1976 sowie über die Rolle der katholischen Kirche im Befreiungskampf des Inselvolks. Im Mittelpunkt steht dabei Bischof Belo, der in einer abschließenden Dokumentation mit zwei Interviews und einer von ihm verantworteten Stellungnahme zur Wahrung der Menschenrechte in Ost-Timor selber zu Wort kommt.

Der Autor dokumentiert die unvorstellbare Grausamkeit, mit der die indonesische Armee den Widerstand der Ost-Timoren zu brechen versuchte: 200 000 Menschen – fast ein Drittel der Bevölkerung – wurden in diesem ungleichen Kampf bis heute umgebracht. Entschließungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die die Annexion für völkerrechtlich illegitim erklärten, blieben wirkungslos (30f.). Die weitgehende Tatenlosigkeit der internationalen Gemeinschaft angesichts dieses Völkermords und auch die deutsche Indonesien-Politik nähren für Evers den Verdacht, daß „wirtschaftliche Interessen dem Eintreten für die Wahrung der Menschenrechte“ untergeordnet werden (113). So richtete